

# ANTWORT

## AUF AKTUELLE FRAGEN

### Welche Zukunft haben die Bauern der BRD?

In zahlreichen Demonstrationen und Protestkundgebungen haben die Bauern der BRD in den vergangenen Wochen verstärkt die Aufmerksamkeit auf die sich ständig verschlechternde wirtschaftliche Lage der Bauern gelenkt. „Die Zukunft der Landwirtschaft macht uns zu schaffen. Die gegenwärtige Verlegenheit im Suchen künftiger Lösungen bereitet uns Sorge“, klagte kürzlich der Leiter der Landvolkshochschule von Baden-Württemberg in einer Broschüre des „Evangelischen Bauernwerkes“. Und Bauer Fritz Schneider aus Lauffen am Neckar schrieb in der gleichen Broschüre: „Ob ich morgen auch noch da bin, das ist schon eine Frage für mich. Als Landwirt meine ich, wo soviel Unsicherheit, Auflösung und Zerfall unter uns ist. Nein, an morgen mag ich schon gar nicht mehr denken, solange ich das Heute nicht wieder im Griff habe.“

So wie Bauer Fritz Schneider fragen Hunderttausende Bauern in der BRD: Wie wird es in den nächsten Jahren weitergehen? Ihre bange Frage ist begründet. Der von der Regierung Brandt/Scheel im

Februar ds. Js. veröffentlichte „Agrarbericht 1971“ beweist, daß sich der Ruinierungsprozeß in der Landwirtschaft zunehmend verstärken wird. Der reaktionären Politik des Monopolkapitals fielen bereits 695 000 bäuerliche Betriebe zum Opfer. Allein im Jahre 1970 hat sich die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe gegenüber dem Vorjahr um 98 300 verringert. Damit sind 1970 täglich über 270 bäuerliche Wirtschaften dem kapitalistischen Strukturwandel zum Opfer gefallen. Von den 1,24 Millionen Besitzern bäuerlicher Betriebe, die es gegenwärtig in der BRD noch gibt, können nur noch etwa ein Drittel, 466 000, von der Bewirtschaftung Ihrer Höfe leben. 543 000 Betriebe werden im Nebenerwerb geführt, und 233 000 sind sogenannte Zuerwerbsbetriebe. Im Wirtschaftsjahr 1969/70 ist die Verschuldung der Landwirtschaft

#### **Bauernfeindliche Agrarpolitik wird fortgesetzt**

Nicht unbegründet sagen die Bauern, daß die Brandt/Scheel-Regierung den von der CDU/CSU eingeleiteten agrarpolitischen Kurs fortsetzt und

von 27,6 Milliarden auf 29,3 Milliarden DM weiter angestiegen. Die Zinssumme, die die Bauern aufbringen mußten, erhöhte sich infolge der Zunahme der Verschuldung und höherer Zinssätze um 400 Millionen DM auf rund 2 Milliarden.

Sehr treffend wird dazu in dem von der 8. Tagung des Parteivorstandes der Deutschen Kommunistischen Partei am 28. Februar 1971 verabschiedeten „Demokratischen Bauernprogramm der DKP“, dessen Entwurf ein Jahr zur öffentlichen Diskussion gestellt worden war, festgestellt: „Die im Interesse des Industri-, Bank- und Handelskapitals betriebene Agrarpolitik hat dazu geführt, daß die überwiegende Mehrheit der bäuerlichen Familien um die Früchte ihrer Arbeit gebracht wurde und nicht weiß, wie es in den 70er Jahren weitergehen soll ... Von einer gleichberechtigten Stellung der Bauern kann in diesem System nicht die Rede sein. Es dient dem Profit- und Machtstreben einer Handvoll Großkapitalisten, die den Staat und die Politik beherrschen — und zwar zu Lasten aller Werktätigen.“

zum Teil sogar noch verschärft. Das bestätigte die agrarpolitische Bundestagsdebatte vom März 1971. In der Vergangenheit wurde